

# DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

45/2001

Kiel, 28. Mai 2001

## **13. Tagung des Landtages: Integration von Ausländerinnen und Ausländern erstes Thema**

*Kiel (SHL) – Am Mittwoch, 30. Mai 2001, kommt der Landtag ab 10:00 Uhr zu seiner 13. Tagung zusammen. Sie ist auf drei Tage angesetzt.*

Am **Mittwoch** beginnt das Landesparlament seine Beratungen mit einem Antrag der CDU-Fraktion zur **Integration von Ausländerinnen und Ausländern** (Drs. 15/973). Darin legt die CDU Eckpunkte vor, die unter anderem die Verpflichtung zum Besuch von Deutschkursen und das Angebot islamischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen vorsehen. Zugleich wird die Landesregierung aufgefordert, zur 15. Tagung (26. bis 28. September 2001) ein Konzept zur Integration vorzulegen.

Anschließend führt der Landtag die Erste Lesung des Gesetzes zur Ausführung von § 15a des **Landesschlichtungsgesetzes (LSchliG)** durch. Der dazu vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 15/923) sieht vor, ein vorgerichtliches Schlichtungsverfahren für bestimmte Fälle wie zum Beispiel Nachbarschaftsstreitigkeiten einzuführen.

Der **Opferschutz im Strafverfahren** ist Gegenstand eines CDU-Antrages (Drs. 15/961), der danach auf der Tagesordnung steht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, um den Opferschutz zu stärken.

Das nächste Debattenthema richtet sich ebenfalls an die Adresse der Bundesregierung: Die FDP-Fraktion fordert in einem Antrag die Lan-

desregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die **Telekommunikations-Überwachungsverordnung (TKÜV)** zurückgezogen wird (Drs. 15/967). Andernfalls sieht die F.D.P. die Gefahr, dass die digitalen Spuren der Nutzerinnen und Nutzer von Telekommunikationsanlagen generell - und nicht nur aufgrund vorheriger Anordnung - festgehalten werden.

Es folgt die Beratung eines Berichtsantrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Darin wird die Landesregierung gebeten, in der laufenden Tagung über die **Funde von gentechnisch verändertem Saatgut** zu berichten (Drs. 15/970).

Am Nachmittag geht es dann um die **Stärkung von Familien mit Kindern**. Die F.D.P.-Fraktion unterstützt in einem Antrag dazu (Drs. 15/959) die Landesregierung in der Forderung an die Bundesregierung, den Ausbildungsfreibetrag, den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende sowie die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Schulgeld und Haushaltshilfen beizubehalten.

Es folgen mehrere bildungspolitische Themen: Zunächst geht es auf der Grundlage eines CDU-Antrages um **Perspektive und Profil für die Hauptschulen** (Drs. 15/974). Darin wird unter anderem die Einführung einer Abschlussprüfung gefordert.

Anschließend debattiert der Landtag einen Bericht der Landesregierung zur **Netzwerkbetreuung an öffentlichen Schulen** (Drs. 15/953). Darin kündigt sie eine „große Fortbildungsinitiative“ an, „um die Lehrkräfte für den Umgang mit den neuen Technologien und dem Internet zu qualifizieren“.

Aus dem Bildungsausschuss zurück kommt ein F.D.P.-Antrag, in dem es um die **Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an beruflichen Schulen** geht (Drs. 15/955). Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig die Annahme des Antrages (Drs. 15/757 Nr.2).

Grundlage der Debatte zu diesem Thema ist zudem ein **Bericht der Landesregierung**. Demnach setzt die Landesregierung sich beim Bund für die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen ein, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen.

Die Anträge von CDU und F.D.P. auf Erstellung eines **Konzepts zur Sicherung des Lehrerbedarfs in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/796 und 825) kommen ebenfalls mit einer die Beschlussempfehlung aus dem Bildungsausschuss zurück (Drs. 15/956).

Abschließendes Thema des ersten Sitzungstages der 13. Tagung ist die **Drogenpolitik**. Hierzu wird die Landesregierung einen Bericht abgeben.

Am **Donnerstag** beginnt der Landtag seine Beratungen mit verkehrspolitischen Themen: Es geht um die **Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Schleswig-Holstein**. Hierzu hat die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Große Anfrage gestellt, deren Antwort die Landesregierung vorgelegt hat (Drs. 15/947). In diesem Zusammenhang wird auch ein CDU-Antrag debattiert, der die Landesregierung auffordert, ein **Bahnpolitisches Konzept für Schleswig-Holstein** vorzulegen (Drs. 15/971).

Es folgt die Beratung einer weiteren Antwort auf eine Große Anfrage, die die F.D.P.-Fraktion zum Thema **Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein** gestellt hatte. In der Antwort wird unter anderem mitgeteilt, dass in allen kreisfreien Städten und in acht Kreisen Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit eingerichtet worden sind. Ein „deutlicher Anstieg der rechtskräftig festgesetzten Bußgelder“ war die Folge.

Die **Neuwahl der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten** erfolgt anschließend ohne Aussprache im Plenum. Vorgeschlagen wird für dieses Amt die Kommunalpolitikerin Birgit Wille-Handels aus Groß Grönau. Sie tritt die Nachfolge von Sigrid Warnicke an und wird für die Dauer von sechs Jahren gewählt. Dazu wird laut Gesetz die absolute Mehrheit der Stimmen benötigt.

Im Anschluss daran berichtet die Landesregierung auf Antrag des Landtages (Drs. 15/768) über das **Kinder- und Jugendtelefon sowie über das Elterntelefon**.

Einen **Bericht zur Änderung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes** fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/919), der danach debattiert wird.

Am Nachmittag setzt das Plenum seine Beratungen mit der Ersten Lesung eines vom SSW vorgelegten Entwurfes für ein **Landes-Vergabegesetz** fort (Drs. 15/957). Darin sollen „tarifliche, arbeitsrechtliche und qualitative Standards“ für die Vergabe öffentlicher Aufträge festgelegt werden. In einem weiteren Antrag fordert der SSW die Lan-

desregierung zu einer Bundesratsinitiative auf, um eine **Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen** zu bewirken.

Es folgt die Zweite Lesung des **Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**. Hierzu hat der Innen- und Rechtsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgelegt, die einstimmig gefasst wurde (Drs. 15/948).

Ebenfalls in Zweiter Lesung wird abschließend über den Gesetzentwurf zur **Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen** beraten.

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Regierungsfractionen die unveränderte Annahme des Entwurfes der Regierung (Drs. 15/949).

Das **Architekten- und Ingenieurkammergesetz** wird danach in Zweiter Lesung abschließend befasst. Im Innen- und Rechtsausschuss haben sich alle Fraktionen auf eine Beschlussempfehlung dazu geeinigt (Drs. 15/950).

Am **Freitag** diskutiert der Landtag am Vormittag zwei Anträge, die sich mit der Haushaltspolitik der Regierung befassen: In einem Antrag der CDU-Fraktion geht es um den **Verkauf von LEG-Anteilen** (Drs. 15/962). Die CDU fordert darin die Landesregierung auf, ihre Anteile an der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) insgesamt zu verkaufen. Die F.D.P. fordert in dem anschließend zu beratenden Antrag von der Landesregierung Aufklärung über Ursachen und Auswirkungen **Haushaltssperre vom 15. Mai 2001** (Drs. 15/965).

Am Nachmittag geht es dann im Plenum auf Antrag der CDU um eine **Bedarfsanalyse für die Landespolizei Schleswig-Holstein** (Drs. 15/931).

Letzter Punkt der 13. Tagung ist schließlich die Beratung eines F.D.P.-Antrages zur **Reform des Gemeinde- und Kreiswahlrechts** (Drs. 15/966). Darin wird unter anderem die Abschaffung der 5%-Hürde sowie die Einführung der Stimmhäufung (Kumulieren) und der gezielten Stimmabgabe (Panaschieren) gefordert.

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
9	Wahl eines Mitgliedes des Richterwahlausschusses (Drs. 15/964)	-
12	Auswirkungen von Basel II (Drs. 15/954)	-
22	Heimaufsicht in Schleswig-Holstein (Drs. 15/972)	-
25	Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz (Drs. 15/870)	-
26	Vorbereitung der 9. Wattenmeerkonferenz (Drs. 15/925)	5
27	Bewirtschaftung der „Hamburger Hallig“ (Drs. 15/926)	5
28	Sicherung der Existenz der Verbraucherberatung (Drs. 15/944)	5

**Hinweis:** Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden und sind im Internet unter [www.parlanet.de](http://www.parlanet.de) (Infothek, Drucksachen) zu finden.

# Reihenfolge der Beratung der 13. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 30. Mai 2001</b>			
<b>23</b>	<b>Integration</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
5	Landesschlichtungsgesetz	30	11:00
15	Opferschutz im Strafverfahren	30	11:30
19	Telekommunikations-Überwachungsverordnung	30	12:00
20	Funde von gentechnisch verändertem Saatgut	30	12:30
<b>14</b>	<b>Stärkung von Familien mit Kindern</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
24	Perspektive und Profil für Hauptschulen	30	15:30
29	Netzwerkbetreuung an öffentlichen Schulen	30	16:00
30 u.32	Referendarbezüge	35	16:30
31	Konzept zur Sicherung des Lehrerberarfs	35	17:05
33	Neue Wege in der Drogenpolitik	30	17:40
<b>Donnerstag, 31. Mai 2001</b>			
<b>8 u.21</b>	<b>Die Zukunft des ÖPNV und Bahnpolitisches Konzept</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
7	Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein	60	11:00
10	Wahl der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten	-	12:00
34	Bericht über das Kinder- und Jugendtelefon	30	12:00
35	Bericht zur Änderung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes	30	12:30
6 u.13	Gesetz zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	35	15:00
2	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	35	15:35
3	Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung	35	16:10
4	Architekten- und Ingenieurkammergesetz	35	16:45
<b>Freitag, 1. Juni 2001</b>			







TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
25	Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz	- ohne Aussprache -							
26	Sicherstellung des Beteiligungsverfahrens in Vorbereitung der 9. Wattenmeerkonferenz (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
27	Bewirtschaftung der „Hamburger Hallig“ (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
28	Sicherung der Existenz der Verbraucherberatung (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
29	Netzwerkbetreuung an öffentlichen Schulen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
30	Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an Beruflichen Schulen (FDP) - mit TOP 32 -	5	5	5	5	5	5	5	35
31	Konzept zur Sicherung des Lehrerbedarfs (FDP)	5	5	5	5	5	5	5	35
32	Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an Beruflichen Schulen (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Neue Wege in der Drogenpolitik (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
34	Bericht über das Kinder- und Jugendtelefon sowie über das Elterntelefon (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
35	Bericht zur Änderung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
36	<b>Fragestunde</b>								30